No. 11 Amsterdam

Invaliden auf Hungerration.

(ITF) Rechtzeitig zum einjährigen Jubiläum der nationalsozialistischen Diktatur am 30. Januar wurde ein Gesetz zum Abbau der Sozialversicherung erlassen, das eindeutig zeigt, mit welcher Bedenkenlosigkeit Faschisten nach der Machtergreifung alle Versprechungen verleugnen. Das nationalsozialistische Parteiprogramm, für dessen Durchführung Adolf Hitler, "wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens rücksichtslos einzutreten", versprach, fordert im Punkt 15 "einen grosszügigen Ausbau der Altersversorgung." Als im Frühjahr 1932 das von Herrn v. Papen geführte Kabinett der Schwerindustrie die monatliche Rente der invaliden Arbeiter von durchschnittlich 39 auf 33 RM herabsetzte, liess die NSDAP ein wirtschaftliches Sofortprogramm erscheinen, in dem sie versprach, bei Regierungsantritt die Durchführung dieses Programmpunktes "sofort vorzubereiten" und "die Aufrechterhaltung der Leistungen der Invaliden und Knappschaftsversicherung unbedingt sicherzustellen". Das soeben erlassene Gesetz zum Abbau der Sozialversicherung stellt fest, dass den invaliden Arbeitern eigentlich "eine weitere Kürzung ihrer Rente nicht mehr zugemutet werden kann." Trotzdem werden die neuhinzukommenden Renten um weitere 7% gesenkt, so dass der Vizekanzler v. Papen und der Reichskanzler Adolf Hitler in gemeinsamer Arbeit die Altersversorgung der invaliden Arbeiter insgesamt von 9 RM auf 7,09 RM wöchentlich gekürzt haben.

Die Wertlosigkeit faschistischer Versprechungen kann nicht treffender illustriert werden. Statt der versprochenen Sicherung der Altersversorgung der Arbeiterschaft kürzt der Nationalsozialismus die Renten, für die die Invaliden in jahrelanger harter Arbeit die Beiträge zahlten.

Nur 77 Pfennig Winterhilfe mit viel Lärm.

(ITF) Im Winter 1932/33 haben die freien Wohlfahrtsverbände, zu denen auch die sozialistische Arbeiterwohlfahrt gehörte, neben den von den Gemeinden ausgeworfenen Millionenbeträgen 163 Millionen RM als Winterhilfe verteilt. Mit Ausnahme der Heils-

armee hatten die Wohlfahrtsverbände darauf verzichtet, aus dieser Winterhilfstätigkeit eine Propagandaangelegenheit zu machen.

In diesem Jahr hat die nationalsozialistische Regierung die Methoden der Heilsarmee übernommen und mit ausserordentlichem Aufwand an Eigenlob eine zentrale Winterhilfsaktion durchgeführt. Alle Sammlungen der noch bestehenden Wohlfahrtsverbände wurden zusammengefasst und die Gemeinden zahlten mit Berufung auf das Winterhilfswerk den Arbeitslosen keine Winterzulagen aus. Das Ergebnis der mit Riesenreklame aufgezogenen zentralen Sammelaktion ist bisher nicht sehr imponierend, bis Mitte Dezember waren 125 Millionen RM aufgebracht worden, von denen der grösste Teil aus "freiwilligen" Zwangslohnabzügen der Arbeiter und Angestellten stammt. Nach amtlicher Mitteilung erhalten 18 Millionen Menschen im Dritten Reich die Bettelpfennige der Winterhilfe. In den 9 Wochen von Mitte Oktober bis Mitte Dezember sind im Höchstfall, (falls die gesamten 125 Millionen bereits verausgabt worden wären) für jeden Unterstützten ganze 77 Pfg. pro Woche dabei herausgekommen. Doch ist dieser Satz noch zu hoch gegriffen, denn die 125 Millionen wurden nicht nur für die Bedürftigen verwandt; Provinzstellen kleideten mit dem für die Winterhilfe bestimmten Gelde u. a. auch SA-Kompagnien ein.

Die Verwaltungskosten der Winterhilfsaktion der Wohlfahrtsverbände im Winter 1932/33 betrugen noch nicht 2% der verteilten Summe. Wie viele Millionen in dem riesigen Apparat des Dritten Reiches hängengeblieben sind, ist vorsichtigerweise bisher nicht veröffentlicht worden.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Die "Hitlerkonjunktur".

(ITF) Der Reichsarbeitsminister, der Industrielle Franz Seldte, hat eine Denkschrift veröffentlicht, in der er über die Erfolge der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht berichtet. Die Denkschrift, die im Reichsarbeitsblatt abgedruckt ist, bezieht sich auf den Stand vom Ende September 1933. Das Reichsarbeitsministerium stellt fest, dass gegenüber dem Jahre 1932 die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 1 254 000 abgenommen habe. Es gibt selbst zu, dass "die Statistik der Arbeitslosigkeit in ihren Vergleichsmöglichkeiten zum Vorjahr etwas beeinträchtigt" ist. Die im Arbeitsdienst und in der Landhilfe zwangsbeschaftigten 400 000 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen werden durch eine Änderung der Statistik nicht mehr als arbeitslos gezählt, genau so wenig wie die 300 000 Notstandsarbeiter (und die rund 50 000 in Konzentrationslagern und Gefängnissen Befindlichen). Wäre die Arbeitslosenstatistik nicht um diese 750 000 amtlich retouchiert, sondern genau so wie im Jahre 1932 berechnet worden, so wäre nur eine Verminderung von 504 000 registrierten Arbeitslosen festzustellen. Nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums wurden die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, für die grossspurig 4 1/2 Milliarden angekündigt, 2 Milliarden bewilligt, aber bisher nur 600 Millionen ausgezahlt wurden, ungefähr 500 000 Arbeiter beschäftigt, ein mehr als klägliches Ergebnis: am 8. Juni 1933 hatte Staatssekretär Reinhardt verkünden lassen, dass allein durch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen 1 1/3 Millionen Arbeiter neu eingestellt werden sollten.

Im Grunde sind diese Arbeitsbeschaffungsmassnahmen nichts weiter als Notstandsarbeiten; die Löhne sind so schlecht, dass selbst der Reichsarbeitsminister feststellen musste, dass in vielen Fällen "das Lohneinkommen der beschäftigten Arbeitslosen geringer sein würde als die ihnen im Falle der Arbeitslosigkeit zustehende Unterstützung". Aber gleich, ob man die 500 000 als Vollarbeiter einrechnet oder nur als Arbeitslose, die ihre Unterstützung abarbeiten müssen -- nach eigener Berechnung des zuständigen Naziministeriums bleiben höchstens 4 000, die durch eine konjunkturelle Besserung von der Wirtschaft aufgenommen sein können. Da nun, wiederum nach Angabe der Denkschrift, ein erheblicher Teil der Textilindustrie durch die Uniformierung von SA, SS und neuerdings für die Deutsche Arbeitsfront beschäftigt wurde, die Autofabriken durch die Motorisierung der SA, Metallindustrie und chemische Industrie mit der Verstärkung der Rüstung beschäftigt sind, und zahlreiche Frauen durch Männer ersetzt werden (Förderung der Verheiratung von Arbeiterinnen), ergibt sich, dass die deutsche Wirtschaft unter der Herrschaft der

Nationalsozialisten nicht nur keinen Anteil am leichten Konjunkturanstieg fast aller übrigen europäischen Länder hat, sondern im Gegenteil aus eigener Kraft noch weniger Menschen beschäftigt als im Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise 1932. Bei Beginn der Hitlerdiktatur, im Januar 1933, war die Arbeitslosigkeit bereits geringer als im Jahre vorher. Die glorreiche Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat es fertig gebracht, selbst diese Ansätze einer k a p i t a l i s t i s c h e n Wirtschaftsbelebung zu zerstören und am Ende der "ersten Etappe der deutschen Arbeitsschlacht" die konjunkturelle Arbeitslosigkeit erheblich zu vergrössern.

Kultur -- nur gelegentlich.

(ITF) "Aber das eine wissen wir, dass wir alle deutschen Menschen an der herrlichen und hohen Kultur der Kunst, der Musik, des Theaters und des Films, den Schönheiten unseres Landes, der sportlichen Ertüchtigung unseres Volkes, mit einem Wort an der Freude und der Schönheit des Lebens in unserem Volke teilnehmen lassen können". Dr. Ley hat das am 27. November 1933 bei der Proklamation des Vergnügungsvereins "Kraft durch Freude" verkündet, und er fuhr fort: "Als letztes grosses Ziel, so hoffen wir, wird daraus die neue Gemeinschaft, die neue Gesellschaft des nationalsozialistischen Staates geboren werden". Die neue Gemeinschaft wurde eine Fehlgeburt, die Vergnügungsindustrie ist schuld daran. Schon Anfang Dezember musste Dr. Ley zu ihrer Beruhigung mitteilen lassen, dass die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Kultur nur in "gewissen Verbilligungen, etwa durch gelegentlichen Gagenverzicht führender Künstler usw., in Verbilligung der Eintrittspreise" bestehen würde, und dass selbst in den "Häusern der Arbeit" nur "gelegentliche Darbietungen" veranstaltet werden würden, die die Vergnügungsindustrie nicht als Konkurrenz empfinden könne.

Die braunen Bonzen brauchen Geld.

(ITF) Von dem neuen Vergnügungsverein haben eine Reihe Leute Kraft und Freude erhalten -- die Nazibonzen. Der Vergnügungsverein wird, wie Dr. Ley mitteilte, nicht nur alle Angestellten der Verbände der Deutschen Arbeitsfront übernehmen, sondern darüber hinaus "noch mehr Kräfte ... einstellen müssen". Das kostet so viel Geld, dass das Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront schon klagte: selbst bei einer Beitragserhöhung "kommen bei oberflächlicher Schätzung nicht die Mittel auf", um den Vergnügungsverein "schon im nächsten Jahre in dem Rahmen aufzuziehen", den Dr. Ley und alle Gewerkschaftsbonzen so grossspurig versprochen hatten. Die Arbeitsfront hilft sich dadurch, dass sie bei den Unternehmern schnorren geht und flehentlich darum bittet, die Firmen als fördernde Mitglieder mit mindestens 50 RM Monatsbeitrag der Organisation "Kraft durch Freude" anzuschliessen.

Der Widerspenstigen Zähmung.

(ITF) Als erste Vorführung im Rahmen des Vergnügungsvereins "Kraft durch Freude" wurde im Theater der gleichgeschalteten Berliner Volksbühne Shakespeares "Der Widerspenstigen Zähmung" gespielt. Der Treuhänder der Arbeit Johannes Engel hielt dabei eine Rede, in der er sich als Bändiger der marxistischen Untermenschen feierte.

"Rückgang der Arbeitslosigkeit"

(ITF) Nach dem vielen Lärm um die deutsche Arbeitsschlacht sehen sich die Journalisten der Deutschen Arbeitsfront genötigt, nichtvorhandene Erfolge wenigstens vorzutäuschen. Aus einem Rest von Scham sind sie noch nicht zur Fälschung auch der Verbandsstatistiken übergegangen, doch sie frisieren die statistischen Veröffentlichungen in einer Form, die einer Fälschung gleichkommt. Der "Deutsche Textilarbeiterverband" stellt in einer grossen Publikation fest, dass die Textilindustrie "ohne Sorgen ins neue Jahr" ginge; die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern sei von 32,8% im Mai auf 12,1% Anfang Dezember gesunken. Die Erhebung im Mai erfasste 225000 Mitglieder, die Erhebung im Dezember 715.000 "freiwillig" Zwangsorganisierte. Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Textilarbeiterverband ist demnach nicht, wie die Nazipresse berichtet, um 2/3 gefallen sondern von 72.760 auf 86.515 gestiegen.

In diesem Fälschen liegt System. Der "Deutsche Holzarbeiterverband" berichtet nach der gleichen Methode, dass die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern von 69,7% (Ende April) auf 33,8% (Ende Oktober) heruntergegangen sei. Die Arbeiterschaft soll durch diese Veröffentlichung an eine Verminderung der Arbeitslosenziffer um mehr als die Hälfte glauben. In Wirklichkeit ist die absolute Ziffer der arbeitslosen Verbandsmitglieder nur von 131 988 auf 114 545 zurückgegangen.

Die Statistik der vernichteten deutschen freien Gewerkschaften war vorbildlich; sie galt in Deutschland und international als unbedingt zuverlässig. Die nationalsozialistischen Verbände haben den Ruf der Statistik der deutschen Arbeiterorganisationen restlos zerstört, wie sie alles zerstören.

Braune Volksgemeinschaft.

(ITF) Auf der General-Mitgliederversammlung der NSBO der Berliner Zentrale der Dresdener Bank sah sich der Redner zu der Feststellung veranlasst: "Es gibt leider heute noch Tausende, die in Luxusautos fahren, das Braunhemd und Abzeichen tragen und ihren Arbeitern Hungerlöhne zahlen."

Das ist die Wirklichkeit des Dritten Reiches, die die nationalsozialistischen Arbeiter und Angestellten am eigenen Leibe erfahren.

Noch immer keine Betriebsrätewahlen.

(ITF) Die nationalsozialistische Diktatur wagt die stets wieder verschobene Erneuerung der Betriebsvertretung noch immer nicht durchzuführen. Die künftigen Betriebsvertretungen sollen von Regierungsstellen aus den Reihen der NSBO o r n a n r t werden, der "Betriebsrat" soll unter Leitung des Unternehmers tagen. Die Säuberung der NSBO von unzuverlässigen Elementen ist jedoch noch nicht beendet. Es werden gegenwärtig alle nicht der NSDAP als Mitglied angehörenden NSBO-Arbeiter ausgeschlossen und selbst die Mitglieder der NSDAP auf ihre Zuverlässigkeit geprüft.

Am 1. Mai soll eine Neuregelung der Betriebsvertretungen verkündet werden: ein Jahr nach der Zerstörung der Gewerkschaften hoffen die Nationalsozialisten, die Betriebssklaverei, die das Dritte Reich der Arbeiterschaft gebracht hat, gesetzlich verankern zu können. Bis dahin werden alle Betriebsrätewahlen verboten.

Verkürzung der Wartezeiten in der Arbeitslosenversicherung.

(ITF) Die sozialreaktionären Wegbereiter der Hitlerdiktatur hatten zwischen Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Beginn des Unterstützungsbezugs Wartezeiten bis zu 3 Wochen gelegt, während derer die Erwerbslosen von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung erhielten. "Infolge der langen Dauer der Wartezeit waren die Arbeitslosen vielfach gezwungen, schon während der Wartezeit die Hilfe der öffentlichen Fürsorge in Anspruch zu nehmen". (Reichsarbeitsministerium). Mit dem Einsetzen des Frostes wurden die unter freiem Himmel beschäftigten Notstandsarbeiter entlassen und eine Reihe Arbeitslager aufgelöst; die für das Weihnachtsgeschäft arbeitenden Industrien verringerten die Belegschaft erheblich. Die Zahl der nach drei Wochen Unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ist dadurch auf einmal bedeutend gestiegen. Die Fürsorgeämter der bankrotten deutschen Gemeinden sahen sich ausserstande, die sich schlagartig erhöhenden Kosten für die Opfer der Arbeitsschlacht aufzubringen. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb zur Entlastung der Gemeinden verfügt, dass die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Wartezeiten verkürzt. Die Reichsanstalt, die 6 1/2 % des Bruttolohns als Zwangsbeitrag erhebt,

arbeitet seit langem mit einem Überschuss, der dem Reich zufliesst; sie kann daher die durch die Verkürzung der Wartezeit entstandenen Mehrausgaben leicht tragen. Die Unterstützungssätze sind bei dem geringfügigen Einkommen der Notstandsarbeiter und Arbeitsdienstabsolventen allerdings sehr niedrig; im günstigsten Falle erreichen sie gerade die Hungersätze der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung, oft liegen sie noch unter ihnen. Für die deutschen Erwerbslosen bedeutet die Verkürzung der Wartezeiten deshalb keine Verbesserung, wohl aber für die Gemeinden, da sie durch die Abwälzung der Unterstützungskosten auf das Reich finanziell entlastet werden.

Hitler hat Angst.

(ITF) Adolf Hitler hat sich am 10. November 1933 bei einer Rede vor "seinen" Siemensarbeitern photographieren lassen; alle Wochenschauen haben das Bild gebracht und die Rede wurde für ganz Deutschland im Rundfunk übertragen. Jetzt veröffentlicht die in Saarbrücken erscheinende "Deutsche Freiheit" auf Grund angefertigter Photos den Wortlaut der Ausweise, die jeder Arbeiter vor dem Betreten der Maschinenhalle vorweisen musste: "Eintritt in das Dynamowerk nur innerhalb eines geschlossenen Zuges, für den gültig ist die Nummer... und nur im Arbeitsanzug (nicht Braunhemd)... Der Platz wird angewiesen und darf nicht vor völliger Beendigung der Veranstaltung verlassen werden". Man hat also selbst der SA, die statt im Braunhemd im Arbeitsanzug unter die Arbeiterschaft gemischt wurde, nicht recht getraut.

Die Gefühle weiter Kreise der deutschen Arbeiterschaft für den "Volkskanzler" Adolf Hitler haben nämlich eine ausserordentliche Ähnlichkeit mit denen, die die russische Arbeiterschaft einst für den "Volkszaren" empfand.

Ehrenmänner.- Nazis und ihre Geldgeber.

(ITF) Der Reichstagsbrandprozess hat das Interesse von einem zweiten Prozess, der gleichzeitig 4 Monate hindurch, zum Teil hinter verschlossenen Türen, in Bremen lief, abgelenkt. Dieser Prozess gegen einen der grossindustriellen Geldgeber der Nationalsozialisten ist in seinem Ablauf mindestens genau so charakteristisch für das Wesen des Dritten Reiches wie der Reichstagsbrandprozess, nur dass er weniger die politische und desto mehr die soziale Seite der braunen Diktatur beleuchtet.

Der Präsident der Bremer Handelskammer, Karl Lahusen, leitete mit seinen Brüdern den sogenannten Nordwollekonzern, der in einer Reihe von Werken etwa die Hälfte des deutschen Bedarfs an Wollstoffen deckte. Die Brüder Lahusen, scharfe Bekämpfer der Gewerkschaften und jeder staatlichen Sozialpolitik, mussten im Juni 1931 die Zahlungen einstellen. Der Zusammenbruch des Konzerns löste die deutsche Bankenkrise aus, die zu einer ausserordentlichen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise führte und die Zahl der Arbeitslosen um Hunderttausende hinauftrieb. Es wurde bekannt, dass die Leiter des Konzerns sich widerrechtlich 2 Millionen Tantiemen und 17 Millionen Aktien angeeignet hatten. Die 25 000 mit einem Schlage arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten waren empört, dass der verbrecherische Bankrotteur auf seinem Schloss (107 Zimmer, 12 Badezimmer!) unbehelligt sitzen blieb. Unter dem Druck der empörten Massen und mit Rücksicht auf das Ausland musste der Staatsanwalt Anklage erheben. Da stellte sich Adolf Hitlers persönlicher Anwalt, der jetzige Reichsjustizkommissar Frank II, den Verbrechern als Verteidiger zur Verfügung. Der "Völkische Beobachter" behauptete, dass alle Vorwürfe gegen Lahusen nur eine "jüdische Mache" seien, und unter dem Einfluss der Nationalsozialisten wurde die Voruntersuchung volle 2 Jahre hingezögert.

Als das Dritte Reich ausbrach und die Nazi-Anwälte Lahusens in hohe Staatsstellungen aufgerückt waren, versuchte die Nazizentrale, den Prozess niederzuschlagen, um ihren grossindustriellen Geldgeber zu schützen. Die Bremer Nationalsozialisten aber wurden von ihren eigenen Mitgliedern gezwungen, den Prozess durchführen zu lassen. Nun forderte die Naziverteidigung Amnestie für die Konzernherren, und als das nicht half, wurde nach berühmten Mustern eine Brandstiftung im Büro des Konkursverwalters versucht; als dennoch der Prozess

eröffnet werden musste, hatte sich zwar der Reichsjustizkommissar vorsichtig zurückgezogen, doch andere massgebende nationalsozialistische Anwälte führten die Verteidigung weiter. Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen stellte der Staatsanwalt fest, dass die Textilbarone sich Kreditbetrug, Konkursverbrechen, Bilanzverschleierung und Untreue zuschulden kommen liessen. Die Lahusens jedoch erklärten, dass derartige Manieren in der halben Industrie und bei allen Banken üblich seien (eine bemerkenswerte Selbstcharakteristik der kapitalistischen Wirtschaftsführung!). Man könne sie deshalb kaum bestrafen, vor allem da sie sowohl der Deutschnationalen Partei, wie der NSDAP Jahre hindurch namhafte Summen gezahlt hatten. Für diese Unterstützung auch der Nationalsozialisten durch die Grossindustriellen standen den Konzernchefs jährlich 50 000 RM zur Verfügung, die nach ihrer Angabe vor Gericht nicht gereicht hätten; sie hätten den Deutschnationalen und der braunen "Arbeiterpartei" erheblich mehr gezahlt. Der Stabschef der SA, Röhm, hat sich der Geldgeber mit aller Energie angenommen. Als der Pressechef der Textilbarone bei der Verteidigung übers Ziel schoss und deshalb wegen Beamtenbeleidigung verhaftet wurde, hat Röhm seine Befreiung veranlasst. Auch die Richter erbarmten sich der nationalsozialistischen Geldgeber. Der Staatsanwalt hatte die milde Strafe von 8 bzw. 5 Jahren für die Brüder Lahusen gefordert und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 bzw. 3 Jahre. Das Gericht hat den Grossverbrechern nur die lächerlich geringe Strafe von 5 bzw. 2 3/4 Jahren diktiert, und sicher wird ihnen das Gefangnis zu einem Erholungsurlaub gemacht werden, bis eine Amnestie sie befreit. Die bürgerlichen Ehrenrechte hat man ihnen gelassen; wahrscheinlich sagten sich die Richter, dass sie dann auch dem von der Grossindustrie finanzierten Parteiführer Adolf Hitler die Ehrenrechte absprechen müssten.